



Dr. Andreas Schockenhoff

für den Wahlkreis Ravensburg im Deutschen Bundestag



Berlin *aktuell*

Ausgabe Nr. 2/2010 • 29. Januar 2010

Thema der Woche

Engagement am Hindukusch neu justieren

Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor Londoner Afghanistan-Konferenz

Einen Tag vor Beginn der Afghanistan-Konferenz in London zog Bundeskanzlerin Angela Merkel an diesem Mittwoch in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag eine gemischte Bilanz des bisherigen Einsatzes. "Es gab manche Fortschritte, aber zu viele Rückschläge", betonte die Bundeskanzlerin. Der Einsatz der Bundeswehr "war und ist im dringenden Interesse der Sicherheit unseres Landes". Es gehe darum, dem internationalen Terrorismus die Rückkehr an seine wichtigste Heimstatt zu verwehren. Die internationale Staatengemeinschaft habe ihre Ziele in Afghanistan noch nicht erreicht, bekräftigte Merkel. Deshalb hätten Deutschland, Frankreich und Großbritannien im September 2009 die Initiative zu einer internationalen Afghanistan-Konferenz ergriffen. Beraten werde über die Frage, wie die Verantwortung für Sicherheit und Stabilität im Land Schritt für Schritt in die Hände der Afghanen gelegt werden könne. In London gehe es also um eine Strategie der Übergabe in Verantwortung an Afghanistan. Der Schutz der afghanischen Bevölkerung soll dabei nach deutschem Willen noch mehr im Mittelpunkt stehen als bisher. Die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte soll noch verstärkt werden. Dazu will die Bundesregierung 500 Soldaten zusätzlich nach Afghanistan entsenden. Weitere 350 Soldaten bildeten eine "flexible Reserve", um auf besondere Situationen reagieren zu können. Auch die Zahl der Polizeiausbilder soll von 123 auf 200 erhöht werden. Bei seinem schon heute beachtlichen Einsatz will sich Deutschland weiterhin auf den Norden des Landes konzentrieren. Die Mittel für den zivilen Wiederaufbau sollen von 230 auf 430 Millionen Euro steigen, also nahezu ver-

doppelt werden, kündigte Merkel an. Mit einer klaren Zielsetzung: eine bessere Infrastruktur für das Land, kompetente Sicherheitskräfte und mehr Kinder in die Schulen. Gemeinsam mit der afghanischen Regierung will die Bundesregierung zudem den innerafghanischen Versöhnungsprozess unterstützen. Gemäßigte Taliban-Kämpfer, die vorwiegend aus wirtschaftlichen Gründen kämpfen, sollen für die Gemeinschaft zurückgewonnen werden: etwa mit Ausbildung und mit Beschäftigung als Bau- und Landarbeiter in Infrastrukturprojekten. Für dieses Re-Integrationsprogramm sind insgesamt rund 350 Millionen Euro vorgesehen. 50 Millionen davon will Deutschland in den nächsten fünf Jahren übernehmen.

Kein festes Abzugsdatum

Erneut sprach sich die Kanzlerin gegen ein festes Abzugsdatum aus. "Gerade wer möchte, dass der Einsatz der internationalen Staatengemeinschaft in absehbarer Zeit erfolgreich abgeschlossen werden kann, darf dem Drängen auf ein Abzugsdatum nicht nachgeben". Zugleich äußerte sie die Hoffnung, dass im ersten Halbjahr 2011 erste Distrikte der Nordregion, wo Deutschland die Verantwortung trägt, an die afghanischen Behörden übergeben werden könnten. "Im zweiten Halbjahr könnte dann gegebenenfalls der Gesamtumfang unserer Truppen reduziert werden". Ausdrücklich begrüßte Merkel das Ziel der afghanischen Regierung, bis 2014 im ganzen Land die Sicherheitsverantwortung übernehmen zu wollen.

Aus Plenum und Lobby

Hamid Karzai zu Gast in Berlin

Ebenfalls am Mittwoch war der afghanische Präsident Hamid Karzai zu Gast in Berlin. Neben einem Treffen mit der Bundesregierung besuchte er auch den Auswärtigen Ausschuss. Die Vertreter von CDU und CSU drangen ihm gegenüber darauf, dass der Kampf gegen die Korruption zu einem vordringlichen Ziel werden müsse. Besonders mit Blick auf die in diesem Jahr stattfindenden Parlamentswahlen sei es wichtig, die Strukturen von Regierung und Verwaltung zu verbessern. Die Akzeptanz des afghanischen Staates hänge entscheidend von einer verbesserten Sicherheitslage und von einer funktionierenden Regierung ab, betonten die Unionsvertreter.

65. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz

In dieser Woche jährte sich die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz zum 65. Mal. Aus diesem Anlass wurde am 27. Januar, dem internationalen Holocaust-Gedenktag, im Plenarsaal des Deutschen Bundestages der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Redner der Gedenkveranstaltung waren Bundestagspräsident Norbert Lammert, der israelische Präsident Shimon Peres und Prof. Dr. Felix Tych, Zeitzeuge und ehemaliger Direktor des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau. In seiner Rede bezeichnete der israelische Staatspräsident die Freundschaft zwischen Deutschland und Israel als "einzigartig". Peres sagte, diese Freundschaft führe aber nicht dazu, "dass wir die Shoa vergessen". Vielmehr sei man sich "der Finsternis, die im Tode der Vergangenheit herrschte", bewusst - auch angesichts der "gemeinsamen, klaren Entscheidung, unseren Blick nach vorne zu richten - zum Horizont der Hoffnung und in eine bessere Welt". Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekennt sich zur historischen Verantwortung Deutschlands. Der millionenfache Völkermord verpflichtet uns: Wir müssen die Erinnerung daran wach halten, damit sich Derartiges nie wiederholen kann. Das Andenken der Ermordeten mahnt uns zur Wachsamkeit gegen Diskriminierung und gegen alle Versuche, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu unterminieren. Politischer Extremismus darf in Deutschland nie wieder eine Chance bekommen.

Stasi bleibt ein Thema

CDU/CSU und FDP sehen "anhaltenden Handlungsbedarf bei der Aufarbeitung von Stasi-Verstrickungen". Das Parlament befasste sich daher auf Antrag beider Fraktionen in dieser Woche in einer Aktuellen Stunde mit dem Thema.

Nach dem Willen der Koalitionsfraktionen soll das Stasi-Unterlagengesetz geändert werden. Leitende Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sollen nun doch über 2011 hinaus auf eine frühere Mitarbeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR überprüft werden. Hintergrund sind Enthüllungen in Brandenburg über eine frühere Zusammenarbeit von Mitgliedern der dort mitregierenden Linkspartei mit der DDR-Staatssicherheit. Laut derzeitigem Stasi-Unterlagengesetz sollte die Kontrollmöglichkeit eigentlich 2011 entfallen. In diesem Zusammenhang stellten die Mitglieder der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg beim Präsidenten des Deutschen Bundestages Anträge auf Überprüfung auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit oder politische Verantwortung für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Hintergrund ist § 44c Abs. 1 Abgeordnetengesetz, nach dem sich die Mitglieder des Deutschen Bundestages auf Antrag auf eine Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik überprüfen lassen können.

Jahreswirtschaftsbericht 2010

Über die aktuelle Wirtschaftslage unterrichtete die Bundesregierung in dieser Woche mit dem Jahreswirtschaftsbericht 2010. Im Jahr 2009 ging erstmalig in der Nachkriegszeit die weltwirtschaftliche Produktion zurück. Deutschland wurde aufgrund seiner intensiven internationalen Verflechtungen von der Wirtschaftskrise besonders getroffen. Die Erholung wird sich auch in diesem Jahr fortsetzen, ist aber noch nicht abgeschlossen. Die Konsolidierung der Bilanzen der Finanzinstitute ist ebenfalls noch nicht abgeschlossen. Auf dem Arbeitsmarkt, der sich bislang als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen hat, ist im Laufe dieses Jahres noch mit einem weiteren Rückgang der Beschäftigung zu rechnen, allerdings nicht in dem am Anfang der Krise befürchteten Ausmaß. Das Jahr 2010 beginnt mit einer starken Unterauslastung der Produktionskapazitäten. Die wieder anziehende weltwirtschaftliche Nachfrage wird aber zu einem deutlichen Wachstum der deutschen Exporte führen, das Ursprungsniveau wird in diesem Jahr aber nicht erreicht.

Zitat:

«Afghanistan möchte anderen nicht zur Last fallen.»

(Der afghanische Präsident Karzai am Mittwoch nach einem Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel)

Daten und Fakten

- **Familienfreundlichkeit in Deutschland deutlich erhöht:** Innerhalb von fünf Jahren hat Deutschland seine Familienfreundlichkeit so stark verbessert wie kein anderes europäisches Land mit Ausnahme von Finnland.

Im internationalen Vergleich belegt es bereits heute einen Spitzenplatz bei der finanziellen Unterstützung von Eltern. Auch bei der Vermeidung von Familienarmut ist das deutsche System wesentlich erfolgreicher als die meisten anderen. Lediglich 10 Prozent der Eltern mit einem Kind hatten 2007 weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Einkommens zur Verfügung. Mit zunehmender Kinderzahl steigt jedoch das Armutsrisiko.

Gute Noten erhält auch das deutsche Bildungssystem, das in den vergangenen Jahren deutlich verbessert werden konnte, wie die internationalen Vergleichsstudien PISA und IGLU zeigen.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

- **Zahl der Empfänger staatlicher Hilfe zurückgegangen:** Die Zahl der Personen, die auf existenzsichernde Hilfe des Staates angewiesen waren, ist zurückgegangen. Zum Jahresende 2008 betrug die Zahl der Leistungsempfänger 7,6 Millionen, das waren 5,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Damit war jeder elfte Bundesbürger auf eine staatliche Grundsicherung angewiesen.

Den größten Anteil daran bilden mit 6,6 Millionen die Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld.

Die klassische Sozialhilfe erhielten etwa 860 000 Personen, das waren 4,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Weitere 128 000 Personen bezogen zudem Asylbewerberleistungen in Höhe von 800 Millionen Euro. 46 000 Empfänger erhielten von der Kriegsopferfürsorge Zuwendungen in Höhe von 500 Millionen Euro. Diese beiden Gruppen sind stark geschrumpft: Die Zahl der Asylbewerber sank um fast 17 Prozent, die der Empfänger von Kriegsopferfürsorge sogar um knapp 23 Prozent. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

- **Spritverbrauch der privaten Haushalte rückläufig:** Die Privathaushalte in Deutschland verbrauchen immer weniger Diesel und Benzin. 2008 ist ihr Kraftstoffverbrauch um 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken. Im Vergleich zum Jahr 2000 betragen die Einsparungen sogar 5,6 Prozent. Eine Ursache für den Rückgang des Kraftstoffverbrauchs liegt in technischen Verbesserungen. Der spezifische Verbrauch verminderte sich bei den Diesel-Pkw zwischen 2000 und 2008 von 7,1 auf 6,8 Liter, bei den Benzinern von 8,5 auf 8,0 Liter je 100 Kilometer. Der durchschnittliche Kraftstoffverbrauch der Personenkraftwagen-Flotte nahm zwischen 2000 und 2008 von 8,3 auf 7,6 Liter je 100 Kilometer ab und verringerte sich damit um 8,3 Prozent.

Weitere Gründe sind der verstärkte Umstieg von Benzin- zu verbrauchsärmeren Dieselfahrzeugen und ein seit 2007 zu beobachtender Trend zu PKW mit geringerem Hubraum. Darüber hinaus ist die Fahrleistung der Privathaushalte geringfügig gesunken.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Terminvorschau

29.01.2010, 17.00 Uhr
Neujahrsempfang IHK Bodensee-Oberschwaben
Kultur- und Kongresszentrum Oberschwaben
Weingarten

29.01.2010, 19.00 Uhr
CDA Bezirksvorstand
Hotel Brücke
Riedlingen

30.01.2010, 19.00 Uhr
1 Jahr Kinderstiftung in Ravensburg
Sporthalle des BZ St. Konrad
Ravensburg

04.02.2010, 9.30 Uhr
Abgeordnetengespräch IHK Bodensee-Oberschwaben
Weingarten

05.02.2010, 19.00 Uhr
Bezirksvorstandssitzung
in Ulm-Seligweiler

08.-10.02 2010
Sitzungswoche in Berlin

**WICHTIG: Nächste Bürgersprechstunde: 09. März 2010, 16.00 – 18.00 Uhr
in der Kreisgeschäftsstelle in Weingarten**

Impressum



Dr. Andreas Schockenhoff
Mitglied des Deutschen Bundestages
für den Wahlkreis Ravensburg-Bodensee
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Tel. 030/ 227-73174
Fax 030/ 227-76955
www.schockenhoff.de
andreas.schockenhoff@bundestag.de